

## Kriegssitzung der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses.

In der gestrigen Sitzung der verstärkten Budgetkommission wurde die Besprechung der wirtschaftlichen Kriegsmassnahmen fortgesetzt.

Ein Kommissionsmitglied wies darauf hin, daß die wirtschaftliche Mobilmachung nicht rechtzeitig eingeleitet sei,

man habe darauflos gelebt,

auch nicht überall die nötige Beweglichkeit zur Förderung der Einfuhr gezeigt. Wegen der Kartoffeln sei eine mäßige Preiserhöhung gerechtfertigt, weil dieselben durch die Lagerung an Gewicht verlore. Bau von Gemüse und Frühkartoffeln sei zu fördern, vielleicht unter Garantie eines Mindestpreises. Für den Ausgleich zwischen Osten und Westen müßten die Verkehrsmöglichkeiten verbessert werden. Den Glodenfabriken für Hafer und Gerste müsse die Möglichkeit der Betriebsfortsetzung gewährt werden. Bei der Verteilung von Brot möge nicht zu schematisch vorgegangen werden. Man müsse für die Aufrechterhaltung schwächerer Erzeugnisse nach dem Krieg Sorge tragen.

Ein anderes Mitglied bemerkte, bedauerlich sei die lange Aufrechterhaltung des Schlachtverbots gewesen. Für die Festlegung der inländischen Futtermittel müsse gesorgt werden, auch müßten für die Verteilung angemessene Preise bestimmt werden. Besondere Sorgfalt sei durch die örtlichen Behörden darauf zu verwenden, daß keine Getreidevorräte verdirben. Die Unterverteilung werde nicht erhebliche Schwierigkeiten verursachen, in einzelnen Gegenden sei sie schon seit längerer Zeit organisiert. Die Anordnung der Beschaffung von Dauerware, von Schweinen sei zweckmäßig, man müsse dafür sorgen, daß möglichst alle schlachtbaren Schweine unter wirtschaftlicher Ausnutzung geschlachtet würden, natürlich unter Erhaltung der Zuchttiere.

Ein weiteres Mitglied der Kommission hob die Bedeutung des Hafermehls für die kleinbäuerlichen Besitzungen hervor, es werde dort viel für die Ernährung der Bevölkerung gebraucht, ferner die Notwendigkeit an Rindviehgespann und Zuchtlälber Hafer zu füttern. Für den Winterstand müsse Kupfervitriol beschafft, auch der Absatz der großen lagernden Weinvorräte gefördert werden. Der Arbeitermangel sei tunlichst durch Beurlaubungen zu mildern. Die höheren Betriebskosten der Landwirtschaft seien ausreichend zu berücksichtigen.

Ein Kommissionsmitglied bemerkte, ein übereiltes Abschichten ohne genügende Konservierungsmassregeln sei zu vermeiden. Bei den Konservenfabriken müßten die notwendigen Hilfskräfte und das Material für die Büchsen belassen werden. Ausreichende Kartoffelpreise wirkten zugunsten der Abschichtung. Besondere Berücksichtigung erfordere die Erhaltung der Landespferdezucht.

Ein anderes Kommissionsmitglied sagte die Punkte zusammen, in denen nach seiner Auffassung Einverständnis vorhanden sei. In der Frage der Wirtschaftspolitik betonte der Redner, daß er und seine Freunde freihändlerisch im Sinne einer internationalen Arbeitsteilung lediglich nach Maßgabe der Produktionskosten nicht seien. Sie hätten für die Handelsverträge und für Erziehungszölle gestimmt. Die Meinungsverschiedenheiten bezögen sich auf einzelne Zollsätze und sonstige Bestimmungen. Man möge eine Frage des Maßes und Grades nicht zu einer Frage des Prinzips machen.

Darauf antwortete der

### Unterstaatssekretär im Finanzministerium

auf eine Reihe von Anfragen und Anregungen einzelner Vorredner. Er wies auf die großen Schwierigkeiten hin, die den Kommunalverbänden aus der Aufgabe erwüchsen, die Verteilung der Vorräte unter die Konsumenten durchzuführen, vor allem, sie gerecht durchzuführen. Jeder Durchschnittsbetrag berge die Gefahr der Verschwendung in sich und mache Ungerechtigkeiten unvermeidlich. Es werde die schwere Aufgabe der Kommunen sein, nach Möglichkeit auszugleichen. Die Kommunalverbände seien mit der Verteilung der ihnen zugewiesenen Vorräte ja nicht gebunden. Für die Anregung mehrerer Vorredner, die Stellung des Leiters der Kriegsgetreidegesellschaft unabhängiger zu machen, sei er dankbar. Auch er halte es für erforderlich, die Zentrale stark und unabhängig zu machen, und andererseits würde er gern dazu beitragen, durch Bestellung von Bezirksfachverständigen, tunlichst auch aus landwirtschaftlichen Kreisen, dafür zu sorgen, daß das Verständnis der schweren Aufgabe der Kriegsgetreidegesellschaft in alle Kreise dringe.

Ein Kommissionsmitglied besprach des näheren die Kartoffelversorgungsfrage.

Auf einige Anfragen von Vorrednern erwiderte

### der Landwirtschaftsminister

Darüber, ob Futtermittel zu beschlagnahmen seien, schwebten Verhandlungen. Die Bezugsvereinigung deutscher Landwirte setze die Preise der aus dem okkupierten Feindesland stammenden Zuckerrübenschnitzel nicht willkürlich fest, sondern sei an vereinbarte feste Preise gebunden. Bezüglich der Kartoffeln sei eine Bestandesaufnahme außerordentlich schwer und ein Ergebnis unsicher. Richtiger erscheine die Erhöhung der Preise für Speisekartoffeln. Wegen verstärkten Anbaues von Frühgemüse seien die Landwirtschaftskammern mit Anweisung versehen. Schlachtungen von Schweinen seien in Preußen in der Zeit vom 1. Dezember 1914 bis 1. Februar 1915 schätzungsweise etwa 4,5 Millionen vorgenommen worden.

Der demnach verbleibende Bestand von etwa 13 Millionen sei für Preußen noch reichlich hoch und vertrage eine mäßige Verringerung, ohne daß man für die Schweinezucht als solche Befürchtungen zu haben brauche. Die Maul- und Klauenseuche habe sich leider infolge des Krieges stark vermehrt. Die Bekämpfung sei wegen der Einberufung zahlreicher Veterinär- und Polizeibeamter leider nicht so möglich wie in Friedenszeiten.

Ein Kommissionsmitglied machte darauf aufmerksam, daß die Bergarbeiter kein warmes Essen in der Grube erhalten könnten; das möge bei der Brotverteilung berücksichtigt werden.

Dazu machte der Handelsminister darauf aufmerksam, daß die Kommunalverbände die Möglichkeit hätten, schwer arbeitenden Männern, so auch den im Bergbau tätigen, nach Bedarf auszuweichen.